

KOLUMNE zum Begriff der Sozialen Marktwirtschaft

Brauchen mehr Prinzipientreue

In der Ausgabe vom 9. Mai 2015 hat der britische «Economist» eine ziemliche Breitseite gegen jenes wirtschaftspolitische Denken abgefeuert, das in Deutschland und in der Schweiz nach dem Zweiten Weltkrieg dominant war, das in diesen Ländern weiterhin eine grosse Rolle spielt und das auch den Autor dieser Zeilen geprägt hat. Die Rede ist vom «Ordoliberalismus». In der breiteren Öffentlichkeit kennt man eher den Begriff «Soziale Marktwirtschaft», der sich mit dem des Ordoliberalismus über weite Strecken deckt. Walter Eucken, Friedrich August von Hayek und der deutsche Wirtschaftsminister und Bundeskanzler Ludwig Erhard, der als Vater des «Wirtschaftswunders» gilt, sind die Lichtfiguren dieser Denkschule, die Ökonomie immer interdisziplinär betrieben hat.

Fast grotesk, dass man von Deutschland mehr Pragmatismus fordert

Den Ordoliberalismus zeichnen einige klare Grundsätze aus. Zu ihnen zählen die Notwendigkeit einer staatlichen Wettbewerbspolitik (weil Unternehmen gerne Kartelle bilden), die Orientierung der Geldpolitik an einem einzigen Ziel, der Preisstabilität, das Prinzip der Haftung und die Forderung nach der Konstanz der Wirtschaftspolitik. Das alles kulminiert im Einstehen für einen starken Staat, was jedoch niemals mit einem grossen oder fetten Staat verwechselt werden sollte. Mit diesem Paket von Grundsätzen sind Deutschland und die Schweiz nicht schlecht gefahren.

Irgendwie ist es fast grotesk, dass sich Ökonomen, Politiker und – wie Figura zeigt – auch Journalisten aus Ländern, die viel weniger gut gefahren sind, von Deutschland mehr Pragmatismus fordern. Manchmal sei es besser, die Regeln zu brechen, als in gesetzestreuem Elend unterzugehen, aber in Berlin und Frankfurt denke man nicht so, lautet dazu der etwas süffisante Schlusssatz. Das ist im konkreten Kontext ein ziemlich klares Plädoyer für eine lockere Geldpolitik der Europäischen Zentralbank sowie für die Ankurbelung der Wirtschaft durch Defizite und Schuldenaufbau. Und die Schuldenbremse, die sich in der Schweiz seit Jahren bewährt hat und die Deutschland in etwas weniger rigider Form nun ebenfalls einführt, wird ebenfalls als Ausdruck falscher Austerität gesehen.



GERHARD SCHWARZ
DIREKTOR VON AVENIR SUISSE

Der promovierte Ökonom ist seit 2010 Direktor der liberalen Denkfabrik Avenir Suisse. Zuvor war er ab 1981 Mitglied der Wirtschaftsredaktion der «Neuen Zürcher Zeitung», ab 1994 leitete er sie, ab 2008 war er zusätzlich stellvertretender Chefredaktor.

Schwarz ist Verfasser zahlreicher Bücher und Träger mehrerer Preise.

DIE KOLUMNISTEN AUS POLITIK UND WIRTSCHAFT

KATJA GENTINETTA, POLITIKPHILOSOPHIN UND -BERATERIN
MARKUS GISLER, WIRTSCHAFTSPUBLIZIST
GEORG KREIS, EMERITIERTER PROFESSOR FÜR GESCHICHTE
PETER V. KUNZ, PROFESSOR FÜR WIRTSCHAFTSRECHT
ESTHER GIRSBERGER, PUBLIZISTIN UND MODERATORIN
OSWALD SIGG, EHEMALIGER BUNDESRATSSPRECHER
GERHARD SCHWARZ, DIREKTOR VON AVENIR SUISSE
CHRISTIAN WANNER, EHEM. SOLOTHURNER FINANZDIREKTOR

Angesichts von so viel Staatsgläubigkeit muss man wieder einmal daran erinnern, dass wir nicht wegen zu viel liberaler Prinzipientreue in die Krise gestürzt sind, sondern wegen des Gegenteils: Man hat auf dem amerikanischen Immobilienmarkt aus sozialen Motiven und weltweit im Finanzsektor unter dem Motto «Too big to fail» das Prinzip der Haftung ausgehebelt; man hat in den USA eine Geldpolitik betrieben, die Konjunkturerbrüche – und solche der Aktienmärkte – verhindern sollte, und hat dafür das Gespenst der Deflation an die Wand gemalt; man hat in der Schweiz dadurch, dass man fast über Nacht das Bankgeheimnis für Ausländer abgeschafft hat, aber auch mit der Annahme der Minder-Initiative oder der Masseneinwanderungsinitiative, grosse Unsicherheiten geschaffen und gegen die Idee einer konstanten Wirtschaftspolitik der ruhigen Hand verstossen.

Man spricht von Wettbewerb, doch der Staat wird immer fatter

In Sonntagsreden redet man auch viel von Wettbewerb, aber man will im politischen Alltag wenig davon wissen, man hat also – zwei Beispiele aus der Schweiz – nach wenigen Jahren wieder genug vom Cassis-de-Dijon-Prinzip oder man versucht ein Konzept wie den Vermittlungsdienst Uber, der einer verkrusteten Branche wie dem Taxi-Gewerbe endlich mehr Wettbewerb bringen könnte, zu diffamieren oder gar zu verbieten. Und der Wohlfahrtsstaat wird weiter ausgebaut, wir sind weit entfernt vom schlanken Staat; die Fiskalquote in der Schweiz steuert auf die 50 Prozent zu.

Ludwig Erhard hat sich einmal empört, Pragmatismus sei eigentlich ein Euphemismus für Opportunismus. Und er hat nicht unrecht. Gewiss gilt es, neue Erkenntnisse zu berücksichtigen, und gewiss muss man offenbleiben für neue Wege, die zum gleichen Ziel führen. Aber genauso gewiss hilft Prinzipientreue, sich nicht zu sehr von allen möglichen wissenschaftlichen Moden beirren zu lassen; sie hilft, wenn Regierungen oft wechseln, ein ständiges Hüst und Hott zu vermeiden; und sie bietet letztlich Regierung und Bürgern eine Orientierungshilfe. Wir bräuchten daher dringend mehr Prinzipientreue – Pragmatismus ist meist nur eine Ausflucht in die geistige Disziplinlosigkeit.

KOMMENTAR

Mit blauem Auge davongekommen

Die Schweizer Eishockey-Nationalmannschaft hat ihr gestecktes Ziel erreicht. Wer an einer WM an den Viertelfinals teilnimmt, der darf in der Regel zufrieden sein. Gerade die Schweiz, die – bis auf den Exploit von Stockholm 2013, als man in den Final vorsties – an den letzten vier Turnieren dreimal vorzeitig gescheitert ist. Alles gut also? Nein. Das Resultat täuscht darüber hinweg, dass die Mannschaft über weite Strecken einen sehr zwiespältigen Eindruck hinterliess und in hohem Grad da-



von Marcel Kuchta

Die Eishockey-Nationalmannschaft ist gestern an der WM in Prag im Viertelfinal ausgeschieden.

von profitierte, dass sich die direkte Konkurrenz gegenseitig die Punkte wegnahm.

Es ist wie immer: Man kann das Glas als halb voll oder als halb leer beurteilen. Der Pessimist kritisiert, dass die Schweizer nur zwei von acht WM-Spielen gewonnen haben und unter anderem gegen den späteren Absteiger Österreich als Verlierer vom Eis gingen. Der Optimist lobt die Tatsache, dass die Schweizer in sechs von acht Spielen Punkte holten, darunter auch gegen die «Grossen» Schweden und Tschechien.

Eine Tatsache ist, dass es eine vergleichbar günstige Konstellation für die Schweizer wohl nie mehr geben wird. Deshalb sind sie an der WM in Tschechien mit einem blauen Auge davongekommen. Die Viertelfinal-Qualifikation darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Leistungen unter dem Strich unbefriedigend waren – auch wenn sich die Mannschaft im Verlauf des Turniers steigerte. Es machte zu selten Spass, diesem Team bei der Arbeit zuzusehen. Zu oft hatte man das Gefühl, dass alles ein wenig auf Zufall und dem Prinzip Hoffnung basierte. Und das darf nicht der Anspruch sein.

@marcel.kuchta@azmedien.ch

Christa for president!

Der Freisinn ist im Aufwind. Das sorgt für Missgunst. Jetzt ist eine Treibjagd gegen ein Aushängeschild unserer Partei eröffnet worden.

Der Wirbel um Christa Markwalder ist unerträglich. Da leistet eine charakterstarke Parlamentarierin seit bald zwölf Jahren seriöse politische Arbeit im Nationalrat, setzt sich für das Erfolgsmodell Schweiz und gute Beziehungen mit dem Ausland ein und gerät jetzt ins Kreuzfeuer der Kritik wegen Fragen, die sie vor zwei Jahren dem Bundesrat zum Verhältnis Schweiz-Kasachstan gestellt hat und die von ihm korrekt beantwortet wurden. Im Wahljahr neigt man zu Skandalisierungen, und wenn es sich um die amtierende Vizepräsidentin des Nationalrats handelt, die nächstes Jahr Nationalratspräsidentin werden soll, scheint dies besonders attraktiv. Man kann ihr vorwerfen, dass sie einer Lobbyistin vertraut hat, die sie seit Jahren kennt. Es ist aber ungeheuerlich, deshalb Christas Integrität infrage zu stellen. Bemerkenswert ist jedoch die Offenheit, mit der Christa sofort den Sachverhalt erklärt hat, Fehler eingestanden und sich öffentlich dafür entschuldigt hat. Sie wird sicherlich ihre Lehren aus dieser Geschichte ziehen.



PRO

Thomas Berger
Präsident Jungfreisinn
Kanton Bern

Treibjagd auf ein Aushängeschild unserer Partei eröffnet worden, die völlig aus dem Ruder gelaufen ist. Zudem wird versucht, die Milizarbeit des Parlaments zu diskreditieren.

Wer jetzt auf die Interessenbindungen der Parlamentarier zielt, verkennet, welche Rolle die Interessenvertreter in unserer Demokratie spielen und wie wichtig sie für ein funktionierendes Milizsystem sind.

Die Aufgabe von Lobbyisten besteht vor allem darin, Zahlen, Fakten und Argumente zusammenzutragen und Überzeugungsarbeit zu leisten. Der Branchenverband hat sich mit dem «Kodex von Lissabon» einen eigenen Verhaltenskodex erteilt. Dieser besagt unter anderem, dass die Auftraggeber und Ziele transparent auszuweisen sind. Es ist wichtig, dass sich dieser Kodex im Sinne eines Qualitätslabels etabliert und die schwarzen Schafe der Branche entsprechend aus dem System entfernt werden können.

Ich kenne Christa seit Jahren und schätze ihre konstruktive und herzliche Art sehr. Genauso eine Nationalratspräsidentin wünsche ich mir und der Schweiz fürs nächste Jahr!

DIE DEBATTE

Soll Christa Markwalder Nationalratspräsidentin werden?

Die Berner FDP-Nationalrätin ist unter Druck. Sie steht in Verdacht, das Kommissionsgeheimnis verletzt zu haben. Als Vizepräsidentin des Nationalrats steht sie im Herbst zur Wahl für das Präsidium.

Was ist Ihre Meinung?
Diskutieren Sie online mit.
Pro und Kontra

Nicht einmal die Spitze des Eisberges

Es genügt nicht, Markwalder zu verdammen. Gegen die Korruption im Bundeshaus braucht es Transparenz in der Politikfinanzierung.

Über Christa Markwalder ist in der letzten Woche ein Sturm der Entrüstung hereingebrochen. Die Aufregung ist teilweise erklärlich, war ihr Umgang mit der Lobbyistin von Bursten-Marsteller doch naiv und ungeschickt und ist sie, als fürstlich entlohnte PR-Frau von Zurich Financial, durchaus kein unbeschriebenes Blatt.

Doch der mediale Shitstorm und die Reaktion ihrer bürgerlichen Kollegen haben etwas sehr Scheinheiliges. Intransparenz, Korruption und Lobbyismus gehören heute so sehr zu Bundesbern wie die Butter aufs Brot. Natalie Rickli bekämpft im Auftrag von Goldbach Media die SRG, Felix Gutzwiller half für Sanitas die öffentliche Krankenkasse zu bodigen und Karin Keller-Sutter greift für den Detailhandelsverband den arbeitsfreien Sonntag an. Die Liste liesse sich beliebig verlängern. Man braucht bloss der Spur des Geldes zu folgen.

In der Schweiz ist die Politikerinnen- und Politiker-Finanzierung so intransparent wie in keinem anderen europäischen Land. Von der Parteienfinanzierung ganz zu schweigen. Dies eröffnet reichen Geldgebern Tür und Tor

und ist damit eine Gefahr für die Demokratie. In einem Land, in dem sich ein paar wenige Politiker Kampagnen oder ganze Parteien kaufen können, gelten die Interessen der Mehrheit nicht mehr viel. Um dieses Problem anzugehen, genügt es nicht, mit dem Finger auf Markwalder zu zeigen und nach einer neuen Regelung der Bundeshaus-Badges zu verlangen. Wir müssen vielmehr

die Systematik dahinter angehen. Das heisst: Die Bevölkerung muss allermindestens subito wissen, wie viel Geld von privaten Geldgebern fliesst. Und wir brauchen wie jeder andere moderne Staat Auflagen an die Politik, die die Annahme von bestimmten Geldern verbietet oder reglementiert.

Christa Markwalder ist wohl tatsächlich nicht besonders gut als Nationalratspräsidentin, die für Glaubwürdigkeit und Unabhängigkeit stehen sollte, geeignet. Aber viele, die jetzt lautstark den Stab über sie brechen, sind es noch viel weniger. Die zentrale Lehre aus der Causa Markwalder muss vielmehr sein: Gegen die Korruption im Bundeshaus braucht es endlich Transparenz in der Politikfinanzierung.



KONTRA

Fabian Molina,
Präsident JUZO Schweiz